

# Junge Flüchtlinge: Prüfung läuft

## Oberbürgermeister will Stadtrat Ende März Konzept präsentieren

**Bis zur Stadtratssitzung am 20. März will die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, wie künftig bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen verfahren werden soll, an deren Alter es Zweifel gibt. Das hat Oberbürgermeister Marc Weigel (FWG) auf Anfrage erklärt.**

In Rheinland-Pfalz ist die Altersfeststellung im Zweifelsfall nicht zentral organisiert. Damit ist jede kreisfreie Stadt und Kreisverwaltung zuständig. Der Stadtrat Neustadt hatte die Aufgabe im Herbst 2017 aber ans Jugendamt der Stadt Trier abgetreten – ebenso wie andere Städte und Kreise in der Region (wir berichteten). Bis dahin hatte das Jugendamt Neustadt nach eigenen Angaben seit 2015 acht Fälle verzeichnet, in denen Zweifel bestanden. Durch Inaugenscheinnahme und Gespräche habe sich das Alter aber bestätigt. Aktuell betreut Neustadt 38 solcher jungen Flüchtlinge.

Der Oberbürgermeister hatte angekündigt, verwaltungsintern mögliche „Sicherheitslücken“ thematisieren zu wollen, auch durch systematische Überprüfung aller Geflüchteten, bei denen Identität und Herkunft nicht sicher nachgewiesen seien. Bei Erwachsenen hatte die Ausländerbehörde damit schon 2017 begonnen. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird das seit dem Mord an einer 15-Jährigen in Kandel Ende 2017 politisch diskutiert. Der mutmaßliche Täter war laut Inaugenscheinnahme durch das Jugendamt Frankfurt 15 Jahre alt, ein nach der Tat angeordnetes Röntgen seiner Hand ergab indes ein Mindestalter von 20 Jahren.

Solch ein medizinischer Eingriff ist politisch umstritten. In jedem Zweifelsfall zu röntgen, wie es im Saarland zentral geschieht, lehnt die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Anne Spiegel (Grüne) bislang ab. Derweil hat der Kaisers-

lauterer Landrat Ralf Leßmeister (CDU) angekündigt, grundsätzlich jeden minderjährigen unbegleiteten Flüchtling auf diese Weise untersuchen zu lassen – also auch ohne begründete Zweifel –, was rechtlich fragwürdig sein dürfte.

Auch die CDU-Fraktion im Neustadter Stadtrat hatte sich in die Diskussion eingeschaltet. Bereits Ende Januar stellte sie einen Antrag, wonach über die aktuelle Situation informiert werden soll. Das wird laut Weigel am 20. März geschehen und dabei auch ein Vorschlag zur künftigen Verfahrensweise vorgelegt. Dieser soll vorab verwaltungsintern und politisch abgeklärt werden und damit eine möglichst breite Zustimmung finden. Was dabei genau besprochen wird – ob Neustadt zum Beispiel die Vereinbarung mit Trier zurücknimmt und im Zweifelsfall auch aufs Röntgen setzt oder es allein um „Altfälle“ geht – bleibt daher abzuwarten. |ahb